

Inhalt

Vorwort	5
Verbreitung und Vertiefung der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung	7
Beschäftigung und Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft	11
Die Menschenrechte und die Arbeitswelt.....	19
Die Abschaffung der Diskriminierung am Arbeitsplatz.....	23
Die Organisierung internationaler Solidarität.....	27
Die Gewerkschaften im 21. Jahrhundert:	
die Auswirkung der Globalisierung auf die Gewerkschaftsstrukturen und -aktivitäten.....	33

Vorwort

IBFG-Kongress -
Die weltweite
Arbeitnehmerschaft zu
Beginn des neuen
Millenniums

1. Gewerkschaftsführer/innen aus aller Welt treffen im April 2000 in Durban (Südafrika) zusammen, um eine Woche lang über die Zukunft der organisierten Arbeitnehmerschaft zu diskutieren. Der 17. Weltkongress des IBFG findet zu Beginn eines neuen Millenniums statt und zu einem Zeitpunkt, zu dem man sich verstärkt bewusst wird, dass eine Reihe von ineinandergreifenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung geführt haben. Ziel dieses Berichtes ist es, die Aufmerksamkeit der Kongressdelegierten und Gewerkschaftsaktivist(inn)en in der ganzen Welt auf das Ausmass und die Bedeutung der Herausforderungen zu richten, denen die Gewerkschaften jetzt durch die Beschleunigung der Globalisierung ausgesetzt sind. Der Bericht enthält ausserdem Vorschläge für Massnahmen zum Aufbau eines starken internationalen Netzwerks der Unterstützung für Gewerkschaften und ihre Mitglieder.

Neue Strategien für neue
Herausforderungen

2. Dieser Bericht kommt zu dem Schluss, dass die grundsätzlichen Ziele der Gewerkschaften, nämlich Würde und Gerechtigkeit, akzeptable Arbeit und ein Ende der Diskriminierung, zwar nach wie vor wichtig sind, dass jedoch eine Überprüfung vieler unserer Strategien und organisatorischen Methoden erforderlich ist. Dazu muss mit kühlem, unsentimentalem Blick untersucht werden, was die Gewerkschaften tun müssen, um angesichts der sich wandelnden Bedürfnisse der Mitglieder in einer sich verändernden Welt ihre Relevanz zu behalten.

Schwerpunkte des Berichtes

3. Die folgende Zusammenfassung beinhaltet die wichtigsten Punkte des Berichtes. Die sechs Kapitel konzentrieren sich auf folgendes:

die Notwendigkeit weiterer Fortschritte bei der Verbreitung und Vertiefung der demokratischen Kultur;

die Notwendigkeit eines neuen, multilateralen Ansatzes zur Integration von wirtschaftlichem Wachstum und Umwelt- und sozialem Schutz, um die negativen Auswirkungen der Liberalisierung und der technologischen Veränderungen auf die Gesellschaft auszugleichen;

den fortgesetzten Kampf für die weltweite Anerkennung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit, Organisation und Tarifverhandlungen;

• die Beseitigung der Hindernisse für die Gleichstellung der Geschlechter und die Abschaffung aller Formen von Diskriminierung;

die gewerkschaftliche Organisation in einer Arbeitswelt, die

durch die globalen Produktionsnetzwerke der transnationalen Wirtschaft und durch die Ausbreitung des informellen Sektors rapide verändert wird;

- die Reform der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung, damit sie den Bedürfnissen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder in einer stärker verflochtenen Welt gerecht werden kann.

Verbreitung und Vertiefung der Demokratie im Zeitalter der Globalisierung

Demokratie - der Maßstab
für gute Staatsführung

4. Demokratie ist gegen Ende des 20. Jahrhunderts mit zunehmender Geschwindigkeit zum dominanten Regierungssystem in den meisten Ländern der Welt geworden. Die Umsetzung der Demokratie bleibt jedoch instabil und unzureichend. Diktaturen bestehen fort, die Korruption blüht und es finden nach wie vor in grossem Ausmass Verletzungen von Menschenrechten statt. In zu vielen Ländern gibt es noch immer keinerlei Rechte für Frauen. Ihnen wird unter dem Vorwand von Kultur, Tradition oder Religion der niedrigste Status in der Gesellschaft zugewiesen. Die zivilen und politischen Rechte aller Bürger sind die Grundlage der Demokratie, die durch ein gestärktes internationales System geschützt und gefördert werden muss.

Weitere Fortschritte werden
durch massive Armut
bedroht

5. Die wachsende Kluft zwischen den Ärmsten und den Reichsten innerhalb eines Landes und zwischen den Ländern ist eine Bedrohung für das Überleben der Demokratie. Arbeitslosigkeit und Armut schaffen für die Feinde der Demokratie ein ideales Terrain. Eine zunehmende Zahl von Staaten steht am Rande des Zusammenbruchs und ist dadurch eine leichte Beute für Kriegsherren mit allen möglichen Motiven. Demokratische Länder müssen bereit sein, über die UN und andere internationale Institutionen Mittel zur Beseitigung der Armut zu mobilisieren und, wenn nötig, militärische Einsätze zur Verhinderung von Aggressionen sowohl gegen Nachbarländer als auch gegen die Bürger eines Landes.

Ausweitung der
Rechenschaftspflicht,
um der Herausforderung
der Globalisierung gerecht
zu werden

6. Rapide technologische Veränderungen, wirtschaftliche Liberalisierung und das Ende des kalten Krieges haben in ihrer Kombination zum Entstehen dessen geführt, was heute gemein hin als „Globalisierung“ bezeichnet wird. Es scheint vielen so, als ob die Globalisierung jenseits der Kontrolle demokratischer Regierungen liegt. Das ist jedoch nicht der Fall. Zwar ist die Globalisierung in der Lage, Ressourcen zu schaffen, die zur Beseitigung der Armut und der Arbeitslosigkeit erforderlich sind, doch ihre Auswirkungen vergrössern die gesellschaftlichen Spaltungen, die bereits jetzt unannehmbar sind. Demokratische Massnahmen zur Lösung der von der Globalisierung verursachten Probleme werden sowohl Initiativen auf lokaler Ebene als auch stärkere internationale Zusammenarbeit erfordern.

Ansatz am Arbeitsplatz

7. Der Arbeitsplatz ist ein zentraler Ort für den Ansatz von Massnahmen, die sich mit den Ängsten und der Unsicherheit auseinandersetzen, die die Menschen in einer sich schnell verändernden Welt verspüren. Arbeitsplätze verändern sich durch intensivierte Wettbewerb, wobei die Arbeitgeber in der ganzen Welt Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen ausüben.

Unsicherheit am Arbeitsplatz wirkt sich auf das Privatleben und die Gemeinschaft aus und schwächt das Vertrauen der einfachen Leute in die Wirksamkeit der demokratischen Beteiligung, einschliesslich der Abgabe ihrer Stimme bei Wahlen, für die Lösung ihrer Probleme. Die gewerkschaftliche Organisation ist somit sowohl für die Lösung von Problemen am Arbeitsplatz als auch für die Mobilisierung der Massen für die Beteiligung am politischen Prozess von massgeblicher Bedeutung.

Gemeinsame Prinzipien in einer facettenreichen Welt

- B. Jedes Land muss seine eigene konstitutionelle Form für Demokratie entwickeln. Die internationale Gemeinschaft kann und muss jedoch dafür sorgen, dass die internationalen Menschenrechtsnormen allgemein geachtet werden, um so sicherzustellen, dass Demokratie als Kultur gedeihen kann. Argumente wie „erst Stabilität, dann Rechte“ und „kultureller Antiimperialismus“, mit denen die allgemeine Einhaltung der Menschenrechte angegriffen wird, sind unhaltbar und dienen etablierten Eliten zur Wahrung der Kontrolle.

Eine nachhaltige Entwicklung erfordert eine gute Staatsführung

9. Moderne Marktwirtschaftssysteme benötigen die in demokratischen Regierungssystemen verankerten Kontroll- und Ausgleichsmechanismen, um Katastrophen, angefangen bei Hungersnöten bis hin zum Zusammenbruch schlecht geführter Banken, zu verhindern. Der demokratische Prozess des Dialoges und der Debatte ist ausserdem von wesentlicher Bedeutung für die Definition der Ziele der Entwicklung sowie der Mittel, mit denen sie erreicht werden soll. Auf Beteiligung gestützte Entwicklung muss am Arbeitsplatz mit der Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte beginnen. Um zu garantieren, dass Regierungen sich auf die Beseitigung der Armut konzentrieren, muss vor allem dafür gesorgt werden, dass die Armen eine Stimme in der Gesellschaft haben.

Massnahmen zur Sicherstellung der Achtung der Menschenrechte können nicht von Handel und Investitionen getrennt werden

10. Die Welt muss ihre Lehren aus den internationalen Bemühungen zur Unterstützung des Kampfes gegen die Apartheid in Südafrika ziehen. Zwei der wichtigsten Lehren sind, dass internationaler Druck sich fest auf die Verteidigung der Menschenrechte stützen muss und dass die internationale Gemeinschaft von Anfang an bereit sein muss, Wirtschaftssanktionen zu verhängen. In Südafrika gehörte die Unterstützung der Gewerkschaften zu den wirksamsten Massnahmen, um der südafrikanischen Bevölkerungsmehrheit bei der Ausübung ihrer Rechte zu helfen. Internationalen Unternehmen und ihren Heimatregierungen wurde nach und nach bewusst, dass der Handel mit der Apartheid ihrem Ruf schadete. Ein stärkeres multilaterales System für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte muss sich auf die entscheidende Bedeutung von Rechten am Arbeitsplatz stützen und auf

die Ausweitung von Wirtschaftsdruck auf Regierungen, die nicht kooperieren, wenn es darum geht, die Verletzung von Rechten zu beenden.

Den Ansichten der Beschäftigten vom Arbeitsplatz bis zu internationalen Gipfeltreffen Gehör verschaffen:
Die Herausforderung für die organisierte Arbeitnehmerschaft im 21. Jahrhundert

11. Die im IBFG zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften bleiben eine der treibenden Kräfte für demokratischen Fortschritt in der Welt. Die Rolle der Gewerkschaften beim Aufbau von Demokratie, angefangen am Arbeitsplatz bis hin zu den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, ist im Zeitalter der Globalisierung wichtiger denn je. Der Einsatz der Gewerkschaften ist eine entscheidende Komponente beim Umgang mit den Bedrohungen für die Demokratie, welche aus Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Zerrüttung erwachsen. Der Prozess der Einbeziehung in Gewerkschaftstätigkeiten hilft ausserdem allen Gesellschaftsschichten, auch den am stärksten benachteiligten, die Demokratie zu nutzen, um ihr eigenes Leben zu verbessern sowie das Leben in der Gemeinschaft, die sie umgibt.

Beschäftigung und Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft

Soziale Grundregeln für die Weltwirtschaft

12. Ziel des IBFG ist es, soziale Grundregeln für die Weltwirtschaft aufzustellen, die dafür sorgen, dass eine kohärente Strategie für Wachstum und Entwicklung den grundlegenden menschlichen Bedürfnissen äusserste Priorität einräumt. Ein grosser Fortschritt auf dem Weg zu diesem Ziel wurde 1995 in Kopenhagen beim UN-Weltgipfel für soziale Entwicklung erreicht und bei der im selben Jahr in Peking abgehaltenen Weltfrauenkonferenz noch gestärkt. Die Sondertagungen der Generalversammlung im Jahre 2000, bei denen die Verpflichtungen der Gipfeltreffen überprüft werden, sind eine wichtige politische Gelegenheit für Regierungen, die Idee eines „menschlichen Antlitzes der Globalisierung“ in ein praktisches Reformprogramm umzusetzen, das sich auf eine grössere Kohärenz zwischen der Arbeit des IWF, der Weltbank, der UNCTAD, der WTO, dem UNDP und der IAO stützt.

Demokratische Entwicklung beginnt am Arbeitsplatz

13. Im Laufe der letzten fünf Jahre haben nicht nur die Regierungen begonnen, wesentlich deutlicher zu erkennen, dass eine gute Staatsführung, die für den IBFG die demokratischen Prinzipien Transparenz, Rechenschaftspflicht und Beteiligung umfasst, für wirksame Entwicklungsstrategien von wesentlicher Bedeutung ist. Dies muss für die Funktionsweise internationaler Institutionen ebenso wie für Staaten gelten. Um die Armut zu beseitigen, sind effiziente staatliche Behörden erforderlich, die sich um die Bedürfnisse der Ärmsten kümmern und in der Lage sind, die sozialen Spaltungen auszugleichen, die weltweit durch einen verstärkten Wettbewerb verursacht werden. Regierungen, die im Rahmen von vereinbarten internationalen Grundregeln handeln, müssen in einer globalen Marktwirtschaft eine aktive Rolle spielen, um für die gerechte Verteilung des Nutzens zu sorgen, der durch einen verstärkten Handel und eine Zunahme der Investitionen entstehen kann, und um die sozialen Kosten des rapiden Wandels zu verringern. Ein zentraler Punkt für die Entwicklung dieser Grundregeln ist der Arbeitsplatz, wo die Zwänge des Marktes und die Hoffnungen der Menschen für ein besseres Leben aufeinander wirken. Das bei der IAO-Konferenz im Jahre 1999 in die Wege geleitete Programm für angemessene Arbeit hat neue Möglichkeiten für eine stärker integrierte und kohärentere internationale Sozial- und Wirtschaftspolitik eröffnet.

Die Achtung der Menschenrechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist für die soziale Integration von entscheidender Bedeutung

14. Die Verbesserung des internationalen Systems zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte ist die Voraussetzung für eine verbesserte Staatsführung und somit für die Entwicklung. Die Ungleichheit verschwindet nicht wie von Geisterhand, sobald ein gewisser Wohlstand entsteht. Um die anhaltenden

starken Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu verringern, muss insbesondere Frauen und vor allem Arbeitnehmerinnen Chancengleichheit und gleiche Behandlung garantiert werden. Die Diskriminierung anderer benachteiligter Gruppen muss ebenfalls beendet werden, und zwar durch aktive Politik für die soziale Integration.

Fehlender sozialer Schutz hat in Asien katastrophale Auswirkungen

Die asiatische Finanzkrise in den späten 90er Jahren hat gezeigt, welche verheerenden Auswirkungen das Fehlen eines angemessenen sozialen Schutzsystems auf die erwerbstätige Bevölkerung hat. Die „Asiatischen Tiger“-Staaten hatten sich lange auf soziale Sicherheitsnetze verlassen, die durch die Familie geschaffen und durch hohe private Ersparnisse ergänzt wurden. Doch die Schwächen dieses Systems wurden deutlich, als sich herausstellte, dass es wegen der hohen Arbeitslosigkeit, die durch die Rezession in Ländern wie Korea und Thailand verursacht worden war, versagte.

In Korea errichteten die Beschäftigten des Hyundai-Werkes, denen die Entlassung drohte, Barrikaden aus Autos und Benzintanks, Stahlrohren, Benzinbomben, Schrauben und Nägeln, um Entlassungen in Ulsan zu verhindern, dem Hauptsitz von Hyundai. Als die Arbeitslosigkeit in Korea auf 8% angestiegen war, wobei lediglich 22% der 3 Millionen Arbeitslosen irgendeine Form von staatlicher Unterstützung erhielten, begingen täglich 47 arbeitslose Beschäftigte Selbstmord.

In Thailand, wo im Herbst 1998 täglich 2000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, organisierten Tausende entlassener Textilarbeiter/-innen in Bangkok wochenlange Proteste und forderten eine Entschädigung. Viele beklagten sich, dass die Regierung über keinerlei Pläne für den Umgang mit den Arbeitslosen verfügte, abgesehen von den geringen Geldbeträgen, die einige wenige Glückliche erhielten, um ein neues Geschäft zu gründen. Die Familien schickten ihre Kinder zur Nahrungssuche auf Müllhalden, während die Erwachsenen sich nach Gelegenheitsarbeiten umsahen.

Die Gewerkschaften in der Region haben verschiedene Massnahmen zur Bekämpfung dieser Situation eingeleitet und damit an ein IBFG/APRO-Seminar über „Soziale Sicherheitsnetze“ in Manila im Juli 1998 angeknüpft, das gemeinsam mit dem Japan Institute of Labour (JIL) organisiert worden war. Die APRO organisierte gemeinsam mit der IAO im Oktober 1999 in Singapur ein Seminar über „Soziale Sicherheitsnetze und die Marktwirtschaft“. Bei der Konferenz kam man zu dem Schluss, dass das wichtigste Mittel, um den Beschäftigten zu helfen, die Entwicklung sozialer Partnerschaften zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und den Regierungen ist. Man war sich ausserdem darüber einig, dass Finanzinstitutionen wie die Weltbank und der IWF stärker auf regionaler Ebene arbeiten sollten, wo sie sich mit der IAO und den Gewerkschaften beraten sollten. Ausserdem einigte man sich darauf, der IBFG/APRO-Charta über Mindestforderungen und ihrer Sozialcharta für demokratische Entwicklung stärkeres Gewicht zu verleihen.

Im November 1999 beteiligten sich die Gewerkschaften auch am Sozialforum in Manila, das von der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) organisiert wurde. Bei der Sitzung wurde deutlich, dass die ADB endlich damit begonnen hätte, soziale Themen zu berücksichtigen und die Verringerung der Armut zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht hatte.

Das Sicherheitsnetz des sozialen Schutzes gehört zu den grundlegenden Verantwortungen des Staates

15. Der Markt schafft weder einen Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung für alle Teile der Bevölkerung noch ein soziales Sicherheitsnetz, und er wird dies auch in Zukunft nicht tun. Trotz einer Vielzahl von Studien, die den immensen Wert einer allgemeinen Grundbildung und medizinischer Versorgung für Individuen, die Gemeinschaft und ganze Länder gezeigt haben, bleiben diese hauptsächlich öffentlichen Dienstleistungen in grossem Masse unterfinanziert. Der Staat muss auch für ein soziales Sicherheitsnetz sorgen, um sicherzustellen, dass Kinder, ältere und kranke Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie Arbeitslose nicht zur Armut verdammt sind. Die nationalen Regierungen sind, in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderen für die Entwicklung einer umfassenden Politik für sozialen Schutz verantwortlich, und die internationale Gemeinschaft muss den am wenigsten entwickelten Ländern dabei helfen, solche Programme aufzubauen.

Die Unsicherheit des informellen Sektors verschlimmert die Armut

16. Um die Konflikte schaffenden sozialen Auswirkungen der Globalisierung auszugleichen, sind neue Anstrengungen zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder erforderlich. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung Afrikas und Hunderte Millionen Menschen in Asien, Lateinamerika und den Übergangsländern werden von der Weltwirtschaft weiterhin ausgegrenzt. In vielen Regionen leben sie in den riesigen Slums rund um die Städte der Entwicklungsländer vom Einkommen aus Subsistenzwirtschaft und prekären unproduktiven Beschäftigungsverhältnissen. Strategien für die Verringerung der Armut müssen sich in erster Linie darauf konzentrieren, den Ärmsten zu helfen, sich selbst aus der Armut zu befreien. Die zunehmende Ausweitung des informellen Sektors in den Entwicklungsländern hilft nicht, die Armut zu beseitigen, sondern verschlimmert sie. Die Beschäftigten, die sich im informellen Sektor durchschlagen, wollen vor allem Sicherheit: Sicherheit vor Verbrechen, Sicherheit für ihre bescheidenen Ersparnisse, Sicherheit hinsichtlich ihrer Wohnsituation und vor allem Sicherheit für die Zukunft ihrer Kinder. Die Erarbeitung einer integrierten Strategie für die Beseitigung der Armut erfordert einen vielschichtigen Ansatz, der sich auf die Einbeziehung der Gemeinschaft stützt und vor allem auf den politischen Willen. Die Beseitigung der Wurzeln der Armut durch Programme, mit denen der Schulbesuch der Kinder erreicht werden soll, die Schaffung produktiver Arbeitsplätze für die Eltern der arbeitenden Kinder und die Inkraftsetzung der Arbeitsgesetze, insbesondere über das Mindestbeschäftigungsalter, stehen im Mittelpunkt dieser Strategie.

Weltbank und IWF beginnen, die Strukturanpassung auf die Verringerung der Armut auszurichten

17. Nach mehr als einem Jahrzehnt der auf finanzielle Stabilisierung, Deregulierung und Privatisierung ausgerichteten Strukturanpassungspolitik verlagern der IWF und die Weltbank nun endlich ihre Prioritäten auf die Verringerung der Armut. Wirtschaftliches Missmanagement, insbesondere durch die Verschwendung von Mitteln für Waffen, Korruption und Prestigeprojekte, von denen nur die Reichen profitieren, sollte nicht durch internationale Darlehen unterstützt werden. Doch allzu oft haben Haushaltskürzungen keine Abhilfe hinsichtlich der Verschwendung geschaffen und die Schwächsten am härtesten getroffen. Damit die Versprechungen hinsichtlich der Bekämpfung der Armut wahr werden, muss sich die Art, wie internationale Institutionen ihre Politik formulieren und umsetzen, sehr stark ändern. Ausserdem ist eine deutliche Erhöhung der Hilfsleistungen erforderlich. Die Rhetorik über Rechenschaftspflicht erhält erst dann eine Bedeutung, wenn die Gewerkschaften und andere repräsentative nichtstaatliche Organisationen vollständig bei der Formulierung und Umsetzung von Programmen für die Verringerung der Armut einbezogen werden.

Für drei Milliarden Menschen, die von zwei Dollar pro Tag leben, steigt die Geldmenge nicht zu schnell

18. Über drei Milliarden Menschen müssen mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen, 1,3 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag, und weltweit sind 900 Millionen Menschen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die Kapazitäten der Weltwirtschaft keineswegs ausgelastet sind. Das Haupthindernis für ein beschleunigtes Wachstum ist die mangelnde Stabilität der Finanzmärkte. Die unzureichende Regulierung aufstrebender Finanzmärkte, die die Ursache für den Boom und den Zusammenbruch einer Reihe asiatischer Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre war, hat zusammen mit den deflationären Bedingungen, die an die erste Vergabe der IWF-Nothilfe geknüpft waren, zu einer drastischen Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung geführt, von der sich eine Reihe von Ländern bis jetzt noch nicht wieder erholt hat. Der Reflex der Zentralbanken der wichtigsten Industrieländer, die Zinssätze beim geringsten Verdacht auf einen eventuellen Anstieg der niedrigen Inflationsraten anzuheben, behindert die weltweite Verringerung der Armut.

Der neuen Architektur fehlt ein sozialer Stützpfeiler

19. Die Gewerkschaften wissen den Wert von Preisstabilität zu schätzen, doch sie betonen, dass Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken, die die Beschäftigung, die Produktivität und die Steigerung der Löhne fördern, eine zentralere Rolle spielen müssen. Die Regierungen und die internationalen Wirtschaftsorganisationen vernachlässigen die Dreigliedrigkeit und den sozialen Dialog als Mittel zur Entwicklung einer Politik für stär-

keres und stabileres Wachstum. Die Bemühungen, nach der Asienkrise eine neue Architektur zur Verringerung der finanziellen Unbeständigkeit zu schaffen, sind notwendig, doch ohne einen entschiedenen Einsatz für die Entwicklung internationaler sozialpolitischer Leitlinien zur Bekämpfung der Armut und der Arbeitslosigkeit fehlt ihnen die notwendige Kohärenz, um die Milliarden von Menschen, die zur Zeit von der Globalisierung ausgegrenzt sind, in alle Bereiche der Weltwirtschaft zu integrieren.

Die Schuldenlast führt zur Einstellung der Programme für Armutsbekämpfung und birgt die Gefahr des Zusammenbruchs von Staaten

20. Es ist ein massgeblicher internationaler Einsatz für den Wiederaufbau in den am wenigsten entwickelten Ländern erforderlich. Die internationalen Finanzinstitutionen reagierten sofort auf den drohenden Konkurs grosser Banken nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch in Asien und Russland 1997/98, doch sie brauchten Jahre, um extrem bescheidene Programme für den Erlass der Schulden der ärmsten Entwicklungsländer auszuarbeiten. Der IBFG spricht sich seit einigen Jahren entschieden für tiefergehende und schnellere Massnahmen aus, um den Schuldenerlass mit zukunftssträchtigen Programmen zur Verringerung der Armut zu verbinden. Die Kosten der Rückzahlung von Schulden, die oft von früheren Diktatoren angehäuft wurden, verschlingen immer noch die geringen Devisenreserven, die benötigt werden, um die Rücklagen wieder aufzustocken und somit Investitionen grösseren Ausmasses in prioritäre Bereiche wie Bildung und Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Jahrelange Sparpolitik hat das instabile soziale Kapital und die schwachen öffentlichen Institutionen in Afrika schwer geschädigt. Dadurch wurden Situationen geschaffen, in denen lokale Kriegsherren, oft zusammen mit Drogen- und Edelsteinschmugglern, ganze Länder destabilisieren konnten, wodurch es zu einer hohen Zahl von Verletzten und Toten und zu enormen Flüchtlingsproblemen gekommen ist.

Die Konferenz in Seattle hat gezeigt, dass die Schwerpunktthemen Sozialwesen, Entwicklung und Umwelt in die WTO einbezogen werden müssen

21. Der Zusammenbruch der Gespräche bei der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle hat gezeigt, dass das öffentliche Vertrauen in das multilaterale Handelssystem sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern ein Rekordtief erreicht hat. Das Scheitern der Gespräche spiegelt das wachsende Ungleichgewicht der Globalisierung wider, doch das Ende der Gespräche könnte auch der Anfang eines neuen Ansatzes hinsichtlich der Globalisierung sein. Die WTO muss beginnen, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Handel und Investitionen der sozialen Entwicklung dienen können, und sie kann die Rechte der Beschäftigten nicht länger ignorieren. Wenn der fehlende Konsens in Seattle zu einer Neubewertung der Verbindung zwischen Handel, Entwicklung,

sozialen Fragen und der Umwelt führt, war die Ministerkonferenz in Seattle kein Misserfolg, sondern vielmehr der Anfang der Bemühungen für die Schaffung eines rücksichts- und verantwortungsvolleren globalen Marktes.

Das Welthandelssystem muss die Kernarbeitsnormen berücksichtigen und eine nachhaltige Entwicklung schaffen

22. Die WTO hat ein zunehmend ausgedehntes Mandat: Sie soll nicht nur die Verringerung von Grenzkontrollen fördern, sondern auch für die Reform nationaler Politiken sorgen, die als Behinderung für den freien Wettbewerb erachtet werden. Die Hauptnutznießer sind bis jetzt die multinationalen Unternehmen, deren jüngste Wachstumsraten gemessen an den ausländischen Direktinvestitionen den Anstieg des Handels selbst deutlich übertreffen. Der IBFG hat entschlossene Kampagnen geführt, um die Beziehung zwischen der Handelsliberalisierung und der Einhaltung der Kernarbeitsnormen auf die Tagesordnung der WTO und der IAO zu setzen. Sowohl die Regierungen in Industrieländern als auch die in Entwicklungsländern erkennen jetzt den Nutzen eines ernsthaften Dialoges über die Frage, wie eine Intensivierung des Wettbewerbsdrucks vermieden werden kann, der durch die Handelsliberalisierung in Form einer Untergrabung der grundlegenden Menschenrechte bei der Arbeit ausgelöst wird. Als nächster Schritt muss die Einigung auf ein Forum erfolgen, in dessen Rahmen die eindeutigen Verbindungen zwischen guten Beschäftigungspraktiken, einer wesentlich stärkeren Konzentration der Handelspolitik auf die Entwicklung und dem Aufbau von Unterstützung für ein multilaterales, geregeltes Handelssystem in wirksame Massnahmen umgesetzt werden. Gleichzeitig muss bei Handelsgesprächen dafür gesorgt werden, dass die Märkte für Importe aus Entwicklungsländern geöffnet werden und dass eine gerechte Verteilung der Gewinne erfolgt, die durch die Zunahme des Handels erzielt werden.

Die Handelspolitik muss Teil einer integrierten sozialen und wirtschaftlichen Strategie sein

23. Die Handelspolitik kann nicht länger als ausschliessliches Anliegen der WTO betrachtet werden. Der Welthandel entspricht einem Viertel der Weltproduktion, und der Einfluss sich verändernder Handelsmuster hat deshalb enorme positive und negative Auswirkungen auf eine grosse Zahl von Menschen. Die Gewerkschaften gehören zu einer Reihe von Organisationen, die unbedingt sicherstellen möchten, dass beispielsweise die Gesundheits-, Umwelt- oder Bildungspolitik nicht von einer eng gefassten juristischen Interpretation des Handelsrechts bestimmt werden. Insbesondere umfassende staatliche oder staatlich geförderte Bildungs- und Gesundheitsprogramme dürfen nicht im Namen der gleichberechtigten Behandlung multinationaler Unternehmen gefährdet werden, welche sich auf die Zielgruppe der Menschen konzentrieren, die über die höchsten

Einkommen verfügen und nicht am Rande der Gesellschaft stehen. Die WTO muss sich für eine breitere Debatte über die Rolle der Handelspolitik, ihre Grenzen und die positive Rolle sozialer Politiken in einer offenen Weltwirtschaft öffnen.

Ohne weltweite Bestimmungen über Investitionen können die Multis Länder gegeneinander ausspielen

24. Trotz der Führungsrolle, die multinationale Unternehmen im Globalisierungsprozess haben, und trotz des fortgesetzten rapiden Wachstums der ausländischen Direktinvestitionen gibt es keine weltweiten Grundregeln zur Regulierung ihrer Vorgehensweise. Daher spielen die Unternehmen Länder und Regionen gegeneinander aus. Sie müssen sich lediglich den Bestimmungen des jeweiligen Landes anpassen, in dem sie sich niederlassen, soweit diese Bestimmungen angewendet werden. Dadurch können sie die so entstehenden Rechtslücken ausnutzen, wenn dies ihren Profiten dient, insbesondere im Zusammenhang mit Rechnungslegungspraktiken, Steuerverbindlichkeiten und Arbeitnehmerrechten.

Die Lehren aus dem Zusammenbruch des MAI

25. Die wichtigsten Heimatländer der Multis haben, üblicherweise auf Verlangen der Unternehmen, bilaterale Investitionsabkommen ausgehandelt, um ihre Investitionen zu schützen. Die Entwicklungsländer, die dringend Investitionen benötigen, waren bei solchen Verhandlungen selbstverständlich stark im Nachteil, und die Abkommen enthalten kaum Verpflichtungen für die Multis, sich an den nationalen Entwicklungsprogrammen zu beteiligen. Die fehlgeschlagenen Verhandlungen bei der OECD in den neunziger Jahren waren ein Versuch einiger Länder, die Bedingungen von über tausend bilateralen Abkommen in einem einzigen Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) zusammenzufassen. Die Verhandlungen konnten jedoch das grosse Ungleichgewicht hervorheben, dass zwischen den Verpflichtungen der Regierungen, die die ausländischen Investoren bevorzugt behandeln sollen, und den geringen Einschränkungen für die Unternehmen besteht. Dies entfachte eine Gegenreaktion des IBFG, der in Zusammenarbeit mit dem TUAC grösste Anstrengungen unternahm, um die Verabschiedung dieses unausgewogenen Abkommens zu verhindern. Diese Erfahrung hat bei den Gewerkschaften die Forderung ausgelöst, dass bei zukünftigen Versuchen, internationale Grundregeln für Multis auszuhandeln, die offensichtliche Schwäche bilateraler Abkommen korrigiert wird und die Verantwortung der Multis sowie die grundlegenden gesetzlichen Bedingungen für ihre Aktivitäten ebenso stark berücksichtigt werden. Für die Gewerkschaften ist es von entscheidender Bedeutung, dass weder die Unternehmen noch die Regierungen die Kernarbeitsnormen untergraben sollten, um dadurch kurzfristige Wettbewerbsvorteile zu erreichen.

Die Beschäftigung und die Umwelt müssen in die Agenda für eine nachhaltige Entwicklung aufgenommen werden

26. Eine integrierte internationale Sozial- und Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert muss für die Umwelt zukunftsfähig sein. Die Verhinderung der Umweltzerstörung darf weder für die Regierungen noch für die Wirtschaft oder die Gewerkschaften ein zweitrangiger Gedanke sein. Die Umstellung auf nachhaltige Entwicklungsmuster und die Bemühungen zur Verhinderung schädlicher Produktionsformen werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Lebensstandard haben. Wie viele andere hoffen auch die Gewerkschaften, dass eine „grünere“ Weltwirtschaft mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen wird, als wenn alles beim Alten bleibt. Dies wird sich nicht verwirklichen, wenn man sich einfach nur auf Marktanreize verlässt. Die Gewerkschaften haben hervorgehoben, dass nachhaltige Beschäftigungsstrategien parallel zu Umweltprogrammen erarbeitet werden müssen, um einen eventuellen unerwünschten Zwiespalt zwischen der Beschäftigung und der Umwelt zu verhindern. Sie haben auch betont, wie wichtig es ist, die Beschäftigten durch ihre Gewerkschaften zu Diskussionen auf lokaler Ebene über die Frage, wie Umweltziele festgelegt und erfüllt werden können, anzuregen. Langjährige Erfahrung bei der Bekämpfung von Gefahrenquellen am Arbeitsplatz hat die Gewerkschaften davon überzeugt, dass eine starke Mitsprache der Beschäftigten hinsichtlich der Gestaltung des Arbeitsplatzes massgeblich ist, um sicherzustellen, dass die Arbeitgeber Massnahmen für sichere Arbeitsplätze nicht stets so lange hinausschieben, bis es zu spät ist. Die Herstellung einer Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Ausschüssen für Sicherheit und Umwelt und der allgemeinen internationalen Umweltbewegung ist eine wichtige Möglichkeit für die Ausarbeitung praktischer Massnahmen für die Umwelt und die Beschäftigung.

Die Menschenrechte und die Arbeitswelt

Die Grundlagen der Demokratie in einer globalen Wirtschaft

27. Gewerkschaftsrechte sind Menschenrechte, die allen Beschäftigten in der Welt zustehen. Sie sind die Grundlage der Demokratie und wichtiger denn je, um sicherzustellen, dass die Weltwirtschaft für und nicht gegen die Menschen arbeitet. Sie sind für die Beschäftigten ebenfalls die Grundlage bei ihrem Kampf für angemessene Arbeit für alle und gegen Rechtsverletzungen wie Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz. Doch es kommt zunehmend zu Verletzungen des grundlegenden Rechts, eine Gewerkschaft zu gründen und einer frei gewählten Gewerkschaft beizutreten. Die Verbreitung der Demokratie hat für die Beschäftigten Möglichkeiten geschaffen, ihre grundlegenden Rechte auszuüben, doch der verstärkte globale Wettbewerb bedroht gleichzeitig ihre Freiheit, sich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen.

Konfrontationen und Gewalt als Antwort auf die Proteste der Beschäftigten

28. Die jüngste weltweite Wirtschaftskrise hat infolge von Arbeitsplatzverlusten und Lohnkürzungen in vielen Ländern zu Protesten der Beschäftigten geführt. Die Bemühungen der Gewerkschaften um einen konstruktiven Dialog mit den Arbeitgebern und den Regierungen hinsichtlich der sozialen Dimensionen der Reformen und Anpassungen wurden jedoch allzu oft abgewiesen, gelegentlich unter Einsatz von Gewalt. Schlecht geplante und überstürzt durchgeführte Privatisierungs- und Deregulierungsprogramme haben ausserdem die Gewerkschaften in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, die Beschäftigten in einer Situation zu vertreten, in der sie es am nötigsten hatten.

Unterdrückung, Einschüchterung und Einmischung

29. In einer Reihe von Ländern, in denen noch immer eine Diktatur herrscht, ob durch die Armee, eine Partei oder eine königliche Familie, ist die freie Gewerkschaftstätigkeit weiterhin verboten. Staatlich geführte Gewerkschaften sind in einigen Ländern weiterhin ein Instrument der Kontrolle und Unterdrückung. In vielen anderen Ländern hat die entstehende Demokratie es bis jetzt nicht geschafft, den Arbeitsplatz zu erreichen, und grosse Teile der Arbeitnehmerschaft sind von der gewerkschaftlichen Organisation ausgeschlossen. Die Einmischung in Gewerkschaftsangelegenheiten durch den Staat, oft in Absprache mit den Arbeitgebern, behindert in vielen Ländern die Entwicklung unabhängiger demokratischer Gewerkschaften. Auf lokaler Ebene tätige Organisator(inn)en, die ein wichtiges Verbindungs-glied für die Entwicklung wirksamer Gewerkschaften sind, sind häufig der Diskriminierung durch ihren Arbeitgeber ungeschützt ausgeliefert und in einigen Ländern Zielscheibe für

Mordkommandos, die anscheinend einen Freibrief für die Einschüchterung und Ermordung von Menschen haben.

Gewerkschaftliche Organisation im informellen Sektor

Gemäss einer Studie der IAO arbeiten bis zu 60% der Arbeitnehmerschaft in den Entwicklungsländern im informellen Sektor, der für viele junge Menschen zur einzigen Arbeitsmöglichkeit geworden ist. In Lateinamerika und in Afrika ist im vergangenen Jahrzehnt die überwiegende Zahl neuer Arbeitsplätze im informellen Sektor entstanden. In Ländern wie Bolivien, Bangladesch, Kolumbien; Côte d'Ivoire, Gambia, Tansania und Uganda sind 50% der Beschäftigten im informellen Sektor tätig; in Mexiko und Brasilien liegt die Quote bei über 60% und im Senegal und in Indien sogar bei 90%.

Die meisten der Tätigkeiten im informellen Sektor werden hauptsächlich in städtischen Gebieten verrichtet, angefangen bei Jobs wie Geldumtausch und Zeitungsverkauf, Transportdiensten wie dem Ziehen einer Rikscha oder Warenlieferungen bis hin zu kleinen Produktionsbetrieben und dem Baugewerbe. Niedrige Produktivität und Vergütung, häufige Arbeitsunfälle und das Fehlen eines sozialen Schutzes oder sozialer Dienste sind für viele der schwächsten Gruppen in der Gesellschaft, insbesondere Frauen und Kinder, eine besonders grosse Belastung.

Die Gewerkschaften müssen sich unbedingt der Herausforderung stellen, den informellen Sektor zu organisieren. Gleichzeitig müssen die Regierungen ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um den gesetzlichen Schutz auf die betroffenen Beschäftigten auszuweiten. Angesichts der hohen Zahl von Frauen im informellen Sektor wurde diese Forderung bei der 7. IBFG-Weltfrauenkonferenz in Brasilien im Mai 1999 erneut gestellt. Der IBFG und viele IBFG-Mitgliedsorganisationen und IBS nahmen im Oktober 1999 an einem IAO-Symposium zum Thema „Gewerkschaften und der informelle Sektor“ teil, bei dem viele weitere Strategien und Massnahmen für den Schutz der Beschäftigten im informellen Sektor diskutiert wurden. Bei der Organisation des informellen Sektors gibt es drei parallele Ansatzpunkte, wenn man berücksichtigt, dass viele der Beschäftigten im informellen Sektor drei wichtigen Zielgruppen zugeordnet werden können: 1) Frauen, 2) jugendliche Beschäftigte, und 3) Kinder, denen der Zugang zur Bildung verschafft werden muss.

Viele Gewerkschaften versuchten zur Zeit, die Beschäftigten im informellen Sektor zu organisieren. Sie konzentrieren sich insbesondere auf die Themen, die von den Beschäftigten im informellen Sektor selbst als Prioritäten festgelegt wurden. Dazu gehören zum Beispiel soziale Sicherheit und sozialer Schutz, Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, die Wohnsituation und der Zugang zu Krediten und Darlehen. In Ländern wie Senegal und Tansania verfügt man auf diesem Gebiet über jahrzehntelange Erfahrung. Der IBFG koordiniert ein Projekt (das von der Europäischen Union finanziert wird) zur Ausweitung der Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation und Gewerkschaftsmitgliedschaft auf unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten im informellen Sektor in Benin und führt auf diesem Gebiet erste Untersuchungen in Ghana, Sambia und Madagaskar durch. Die Aktivitäten in Benin haben zur Anwerbung von über 30.000 Beschäftigten entweder in gewerkschaftsnahe Organisationen oder direkt in die Strukturen der dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaftsdachverbände CSA und UNSTB geführt.

Gewerkschaftsfreie
Exportzonen breiten sich aus

30. Die Zahl der Freien Exportzonen, in denen die Gewerkschaftsrechte ausgesetzt oder stark eingeschränkt werden, steigt. Der Wettbewerb zwischen den einzelnen Zonen, der die Anziehung ungebundener Investoren zum Ziel hat, untergräbt die Achtung der Kernarbeitsnormen und gefährdet sozial verantwortungsvollere Entwicklungsstrategien der Regierungen und Unternehmen. Zu den Folgen solcher „gewerkschaftsfreien Zonen“ gehören gefährliche Arbeitsbedingungen, durch die das Leben und die Gesundheit der Beschäftigten (insbesondere der Frauen) für kurzfristige Profite aufs Spiel gesetzt werden.

Von den Gewerkschaften
errungene Siege

31. Es finden zwar beunruhigende, offensichtliche Verletzungen der grundlegenden Arbeitnehmerrechte statt, doch die Gewerkschaften schlagen zurück. Dabei nutzen sie die Inspiration vergangener Siege und entwickeln neue international koordinierte Kampagnen. Jüngste Erfolge konnten in Korea, Nigeria und Indonesien verzeichnet werden, wo die Gewerkschaften erheblich zum Durchbruch der Demokratie und zur Achtung der Menschenrechte, einschliesslich der Rechte am Arbeitsplatz, beigetragen haben.

Die Integration der
grundlegenden Rechte in
Strategien für eine
nachhaltige Entwicklung und
die Verringerung der Armut

32. Ein solides Arbeitsbeziehungssystem, das sich auf die Achtung der IAO-Kernarbeitsnormen stützt, ist eine massgebliche Komponente für eine nachhaltige Entwicklung, die auf die Verringerung der Armut ausgerichtet ist. Damit ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden, müssen die Armen und die Schwachen in der Lage sein, ihrer Stimme durch unabhängige, demokratische und repräsentative Organisationen Gehör zu verschaffen. Die Gewerkschaften müssen eine wichtige Rolle übernehmen, indem sie den Ausgegrenzten helfen, sich zu organisieren. Im internationalen System ist die IAO die wichtigste Fürsprecherin für akzeptable Arbeit für alle, und die Gewerkschaften müssen ihre Möglichkeiten zur Förderung der Achtung der Menschenrechte am Arbeitsplatz voll ausnutzen.

Einigkeit und Demokratie
sind eine Quelle für
gewerkschaftliche Stärke

33. Die Regierungen müssen einen sicheren gesetzlichen Rahmen für die Gewerkschaftsrechte schaffen, doch es sind die Gewerkschaften selbst, die die Beschäftigten organisieren und vertreten müssen. Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, dass die Stärke der Gewerkschaften durch Einigkeit und Demokratie entsteht, die wiederum das Vertrauen und die Mobilisierungsfähigkeit erzeugen, die für den Einsatz für verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen notwendig sind. Im Zeitalter der Globalisierung ist der Aufbau von Gewerkschaften extrem wichtig, um sicherzustellen, dass die Beschäftigten gegenüber den mächtigen Kräften des Wandels, die auf die Arbeitswelt wirken, eine Stimme und Einfluss haben.

Abschaffung der skandalösen Kinderarbeit

34. Es ist ein Skandal, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts in vielen Ländern immer noch Kinder einen hohen Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung bilden. Die Gewerkschaften übernehmen im Rahmen ihrer weltweiten Kampagne eine Führungsrolle bei der Beseitigung der Kinderarbeit durch Massnahmen zur Bekämpfung der Armut in den Familien, das Angebot bezahlbarer Schulbildung und der Beendigung der Ausbeutung durch die Arbeitgeber. In Zusammenarbeit mit einer Reihe nichtstaatlicher Organisationen und mit internationalen Organisationen, Regierungen und Arbeitgebern wollen die Gewerkschaften die Ursachen der Kinderarbeit beseitigen und dafür sorgen, dass arbeitende Kinder in der Lage sind, ihr grundlegendes Recht auf Kindheit und Bildung wiederzuerlangen.

Systematische Solidarität: Die Rolle des IBFG

35. Die Hauptaufgabe des IBFG und der gesamten Familie der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung ist es, gut geplanten und zielgerichteten Gewerkschaftskampagnen die zusätzliche Stärke wirksamer internationaler Solidarität zu verleihen. Die Schaffung des Raumes für gewerkschaftliche Organisation und die Verhinderung der Verletzung der grundlegenden Rechte erfordert eine Kombination aus nationalen und internationalen Druckmitteln. Ein wichtiger Teil der Systematisierung der internationalen Solidarität ist die schnelle Weiterleitung akkurater Informationen über die Verletzungen von Rechten an nationale Organisationen in anderen Ländern, damit diese direkten Druck auf die schuldigen Regierungen ausüben können, sowie an die verfügbaren internationalen Mechanismen der IAO und der UN. Der IBFG entwickelt ein weltweites Netzwerk von Gewerkschaftsrechtsbeobachter(inne)n, die durch Informationstechnologie miteinander in Verbindung stehen. Es gehört zu ihren Aufgaben, zu helfen, Gewerkschaftsorganisator(inn)en am Arbeitsplatz zu schützen und zu unterstützen. Der IBFG weitet auch seine Zusammenarbeit mit gleichgesinnten internationalen Menschenrechts-NGO an einem gemeinsamen Programm für die Stärkung des internationalen Systems zur Verhinderung von Verletzungen aus. Der Arbeitsplatz ist für die Gemeinschaft von zentraler Bedeutung, und Gewerkschaften sind sich zunehmend darüber im klaren, wie wichtig die Entwicklung von Koalitionen mit anderen Gruppen ist, um gemeinsame Werte und Ziele voranzubringen.

Die Abschaffung der Diskriminierung am Arbeitsplatz

Die Diskriminierung am Arbeitsplatz bleibt weit verbreitet

36. Die grundlegendste Hoffnung Hunderter von Millionen Beschäftigten ist heute die Verwirklichung des Ideals gleicher Behandlung und gleicher Chancen am Arbeitsplatz. Obwohl 138 Länder das IAO-Übereinkommen 111 über Diskriminierung am Arbeitsplatz ratifiziert haben, kommt es immer noch häufig zu Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Religion, der Herkunft, des Alters, der sexuellen Orientierung und geistiger oder körperlicher Behinderung. Neben einem umfassenden Aktionsprogramm über die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und die Ermächtigung von Frauen, insbesondere am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften, haben der IBFG und seine Mitgliedsorganisationen grosse Anstrengungen unternommen, um die Probleme von jugendlichen Beschäftigten, Wanderarbeitnehmer(inne)n und ethnischen Minderheiten, Beschäftigten mit Behinderungen und älteren Beschäftigten zu lösen und setzen sich jetzt mit den Problemen auseinander, denen Schwule und Lesben ausgesetzt sind.

Fast die Hälfte der weltweiten Arbeitnehmerschaft sind Frauen, sie verrichten zumeist die am niedrigsten angesehenen Arbeiten

37. Etwa 45 Prozent der Frauen in der ganzen Welt im Alter zwischen 15 und 64 Jahren haben heute einen Arbeitsplatz oder suchen Arbeit. Doch die Frauen stehen auf den untersten Sprossen der Jobleiter, und es gibt kaum Aussicht auf Verbesserung. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien, Russland und vielen anderen Ländern hatte in der Tat verheerende Auswirkungen auf die Frauen und ihre Familien. Die Handels-, Investitions- und Wettbewerbspolitik, ebenso wie die makroökonomische Steuer- und Geldpolitik haben oft schwerwiegende Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Armut von Frauen sowie auf die soziale Last, die sie zu tragen haben. Eine geschlechtsspezifische Bewertung der Wirtschaftspolitik ist längst überfällig und muss auch in den Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik und -programme rücken. Auch die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, dass eine geschlechtsspezifische Perspektive in all ihre Politikvorschläge für eine verstärkte soziale Dimension der Globalisierung integriert wird.

Internationale Massnahmen zur Lösung der weltweiten Probleme von Arbeitnehmerinnen

38. Die UN-Weltfrauenkonferenz in Peking hat den Gewerkschaften bei ihren Bemühungen um die Hervorhebung der Probleme erwerbstätiger Frauen einen Durchbruch verschafft. Auch hinsichtlich der IAO-Normen hat es erhebliche Fortschritte gegeben, und sie haben im Laufe der letzten Jahre im Zusammenhang mit Themen wie Heimarbeit und Teilzeitarbeit neue Maßstäbe für die Rechte der Frauen am Arbeitsplatz geschaffen. Das Thema Mutterschutz steht für das Jahr 2000 auf

dem Programm. Das Gewerkschaftsprogramm für die Zukunft, das unter anderem gemeinsam mit der IAO entwickelt werden wird, beinhaltet folgende Themen: mehr und bessere Arbeitsplätze für Frauen, die Einbeziehung geschlechtsspezifischer Probleme bei Tarifverhandlungen, gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit, der Zugang für Frauen zu Beförderungen und Führungspositionen, die Sensibilisierung von Gewerkschaftsmitgliedern - Männern und Frauen - und Arbeitgebern hinsichtlich geschlechtsspezifischer Probleme, die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz und die ständige Weiterbildung für Frauen, insbesondere die berufliche Weiterbildung.

Frauen treiben in den Gewerkschaften entscheidende Veränderungen voran

39. Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder nimmt weltweit zu, doch sie liegt immer noch unter dem Anteil der Frauen an der Arbeitnehmerschaft. Daher sind grosse Anstrengungen erforderlich, um die Hindernisse für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft und für die aktive Beteiligung von Frauen in der Bewegung zu beseitigen. Etwa 39% der IBFG-Mitglieder sind heute Frauen, doch in Führungspositionen sind sie nur selten zu finden. Trotz der Verabschiedung verschiedener Entschliessungen, Politiken und positiver Aktionsprogramme ist die vollständige Integration der Frauen in alle Ebenen der Gewerkschaften noch längst nicht erreicht; das gleiche gilt für die systematische Einbeziehung von geschlechtsspezifischen Perspektiven in die Gewerkschaftspolitik und -programme. Die Förderung der Parität der Geschlechter bei allen Tätigkeiten und in allen Entscheidungsorganen wird in der Satzung des IBFG als eines unserer Ziele genannt, und dieses Ziel muss energisch verfolgt werden. In der heutigen globalen Wirtschaft brauchen die Gewerkschaften die Frauen ebenso sehr wie die Frauen die Gewerkschaften. Es kommt nun darauf an, die Frauen davon zu überzeugen, dass sie in die Gewerkschaft gehören.

Für die Anwerbung der nächsten Mitgliedergeneration müssen die Gewerkschaftsstrategien von Grund auf neu durchdacht werden

40. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts werden zwei Drittel der Weltbevölkerung Jugendliche sein: 64% werden unter 35, und 20% werden zwischen 15 und 24 Jahre alt sein. Die Gewerkschaftsbewegung muss die Präsenz junger Menschen fördern und ihren Stimmen auf allen Ebenen der Gewerkschaft Gehör verschaffen. Zunächst einmal müssen ältere Mitglieder davon überzeugt werden, dass die Gewerkschaften ihre Jugendstrategie von Grund auf neu durchdenken müssen, wenn sie die nächste Generation der Beschäftigten für die Gewerkschaftssache gewinnen wollen. Eine neue Strategie muss folgende Hauptkomponenten enthalten: auf die jugendlichen Beschäftigten ausgerichtete Informationen darüber, was Gewerkschaften sind und warum sie ihnen beitreten sollten, die Entwicklung von auf die Jugendlichen ausgerichteten

Organisierungsprogrammen durch jugendliche Beschäftigte, die Konzentration auf Strategien zur Bewältigung der Beschäftigungskrise Jugendlicher und eine Verpflichtung zur Einbeziehung junger Gewerkschaftsführer, insbesondere junger Frauen, in alle Gewerkschaftsaktivitäten. Der IBFG unterstützt diese Bemühungen mit einem weltweiten Jugendprogramm und einer Kampagne, die 1999 eingeleitet wurden, und zwar unter dem Motto „Die Zukunft beginnt jetzt – Werde Gewerkschaftsmitglied“.

Die Gewerkschaften setzen sich mit unzumutbaren Jobs, Unsicherheit und Rassismus auseinander

41. Die Gewerkschaften sind sich zunehmend darüber im klaren, dass der Kampf für Gleichstellung die Öffnung für Vielfalt bedeutet. Es gibt weltweit über 42 Millionen registrierte Wanderarbeitnehmer/innen und viele Millionen mehr „Illegale“, von denen die meisten in schmutzigen, gefährlichen und entwürdigenden (dirty, dangerous and degrading - 3D) Jobs festsitzen. Daher ist es für die Gewerkschaften in vielen Ländern eine Hauptpriorität, Kontakt zu ethnischen Minderheiten und Wanderarbeitnehmer(inne)n herzustellen. Unsicherheit und Rassismus sind die grössten Probleme, und die gewerkschaftliche Vertretung ist für sie eines der wirksamsten Mittel, um ihre Rechte auszuüben und Achtung für die vitale Rolle zu gewinnen, die sie in der Arbeitnehmerschaft und der Gemeinschaft spielen. Die Gewerkschaften entwickeln wirksame und innovative Strategien für die Organisation von Migrant(inn)en und ethnischen Minderheiten und ihre Integration in die Gewerkschaften.

Die Abschaffung sozialer Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen beginnt am Arbeitsplatz

42. Menschen mit Behinderungen machen ein Zehntel der Weltbevölkerung aus. Die Arbeitslosigkeit liegt bei behinderten Menschen im erwerbsfähigen Alter oft zwei- bis dreimal so hoch wie der nationale Durchschnitt, und wenn sie einen Arbeitsplatz haben, handelt es sich gewöhnlich um anspruchslöse, schlecht bezahlte oder unsichere Beschäftigungen. Es sind stärkere Bemühungen notwendig, um den Arbeitgebern zu zeigen, dass Arbeitnehmer/innen mit Behinderungen äusserst produktiv sein und dem Unternehmen einen grossen Nutzen bringen können, während gleichzeitig diejenigen, die versuchen, die Gesetze zur Förderung der Beschäftigung von behinderten Menschen zu umgehen, bestraft werden müssen. Auch die Sozialleistungssysteme müssen überarbeitet werden, um die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt zu fördern und ihre Abschiebung in Langzeitarbeitslosigkeit oder Behindertenwerkstätten zu vermeiden. Behinderte Menschen wenden sich an die Gewerkschaften, um durch sie in den Bereichen Ausbildung, Gleichstellung und Arbeitsplatzgestaltung vertreten und unterstützt zu werden.

Für ältere Menschen gehören Diskriminierung, Renten und Gesundheitsversorgung ins Programm der Gewerkschaften

43. Die Weltbevölkerung altert: Der Prozentsatz der über 75jährigen steigt, und die Mehrzahl davon sind Frauen. Die Gewerkschaften reagieren auf diese dramatische Entwicklung, indem sie mehr Aufmerksamkeit auf die Diskriminierung älterer Beschäftigter und die Probleme, denen sie als Rentner/innen ausgesetzt sind, richten. Die hohe Arbeitslosigkeit hat viele ältere Beschäftigte dazu gezwungen, vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszusteigen. Dies hat zu einer neuen Belastung der Rentensysteme, der Gesundheitsversorgung und der Kinder, aber vor allem der Töchter, geführt. Die Gewerkschaften stehen an der Spitze des Kampfes für die Einführung von sozialem Schutz in den Entwicklungsländern und für die Bewahrung der Systeme, die in den Industrieländern geschaffen worden sind. In Zusammenarbeit mit älteren Gewerkschaftsmitgliedern und Vereinigungen pensionierter Beschäftigter konzentrieren sich die Gewerkschaften zunehmend auf die Frage, wie die letzten Schritte im Arbeitsleben geplant und die Pensionierung vorbereitet werden können. In vielen Ländern ist das Pensionsalter zum Streitthema geworden, mit der schwierigen Frage, wie diejenigen, die weiter arbeiten möchten, unterstützt werden können ohne diejenigen zu benachteiligen, die gern in Rente gehen würden.

Die Gewerkschaften reagieren auf die Diskriminierung von Schwulen und Lesben

44. Die Gewerkschaftsbewegung kämpft für alle Beschäftigten an vorderster Front für die Verteidigung und Förderung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte, doch dieser Kampf hat bis vor kurzem nur selten einen ausdrücklichen Einsatz für gleiche Rechte, Achtung und Würde für schwule und lesbische Beschäftigte eingeschlossen. Doch Gleichstellung für alle muss wirklich für alle gelten, und Schwule und Lesben sind oft die Zielscheibe für Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Die Gewerkschaften setzen sich zunehmend mit den Anliegen homosexueller Beschäftigter auseinander, zunächst mit dem Ziel, organisierte Homophobie am Arbeitsplatz aufzudecken und Netzwerke zur Bekämpfung der Borniertheit und der Diskriminierung aufzubauen.

Die Organisation internationaler Solidarität

Die Multis sind die Antriebsfeder der Globalisierung

45. Die multinationalen Unternehmen schaffen sowohl durch direkten Investitionen als auch durch komplexe Flechtwerke aus Subunternehmern ein integriertes weltweites Produktionssystem. Die ausländischen Direktinvestitionen wachsen stärker als der Welthandel, der wiederum nach wie vor den Anstieg der Weltproduktion übersteigt, was zunehmend zu Abhängigkeitsverhältnissen zwischen Ländern und Beschäftigten führt.

Informationstechnologie - ein Instrument für die Ausübung von Solidarität

Die neue Informationstechnologie hat nicht nur die Arbeitswelt verändert. Sie hat auch begonnen, die Funktionsweise der Gewerkschaften zu verändern. E-Mail ist als relativ kostengünstiges und schnelles Kommunikationsmittel für viele Gewerkschaften in Industrieländern zu einem wichtigen Instrument geworden. Auch in vielen Entwicklungsländern wird sie zunehmend genutzt. Die Informationstechnologie wird auch zu einem wichtigen Werkzeug für die Ausübung internationaler Gewerkschaftssolidarität. E-Mail wird sogar bei einigen Organisierungskampagnen genutzt.

Cyber-Kampagnen, bei denen das Internet als Hauptmedium für die Kampagne verwendet wird, sind eine Methode für den Meinungsaustausch über ein bestimmtes Unternehmen, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Geschäftspraktiken eines Unternehmens und geben den Gewerkschaftsmitgliedern und anderen Interessierten die Möglichkeit, dem Unternehmen ihre Anliegen zu unterbreiten. Die Internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM) führte 1996 die erste IBS-Internet-Kampagne gegen ein Unternehmen durch, um den zu guter Letzt erfolgreichen Kampf der United Steelworkers of America gegen den weltweit operierenden Reifenhersteller Bridgestone zu unterstützen. Dies war die erste vieler weiterer ICEM-Kampagnen mit einer Internet-Komponente. Mehrere andere Internationale Berufssekretariate haben das Internet als Medium genutzt, häufig bei gegen multinationale Unternehmen gerichteten Kampagnenstrategien.

Als Teil des Global Compact der UN wurde eine interaktive Website eingerichtet, die zur Anregung des sozialen Dialoges beitragen könnte. An dieser Website beteiligen sich Gewerkschaften, Unternehmen und NGO. Die Möglichkeiten dieses Instruments werden erst dann vollständig genutzt werden, wenn es einen verbesserten Zugang zu Computern und zum Internet gibt. Die größten Lücken hinsichtlich dieser Kommunikationsform sind zwar weiterhin in den Entwicklungsländern zu finden, doch auch in den Industrieländern haben viele Beschäftigte keinen Zugang zum Internet. Die Gewerkschaften haben in mehreren Ländern, u.a. in Schweden, Australien und den USA, Programme geschaffen, um ihren Mitgliedern Computer und Online-Anschlüsse zu vergünstigten Preisen anzubieten. Das Angebot von Computern zu erschwinglichen Preisen stellt nicht nur einen Service für Millionen von Gewerkschafter(inne)n dar, sondern es stellt auch eine engere Verbindung zwischen den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern her und schafft die Möglichkeit, Kontakt mit Gewerkschaftsmitgliedern aufzunehmen und sie zu mobilisieren.

Weltweit operierende Unternehmen brauchen weltweit geltende Bestimmungen

46. Angesichts des Ausmasses der Investitionen multinationaler Unternehmen ist ein weltweites Übereinkommen über Investitionen und die Verantwortlichkeit der Wirtschaft eine der grössten zu füllenden Lücken im entstehenden internationalen Regelwerk. Das Scheitern der Anstrengungen für die Aushandlung des Multilateralen Investitionsabkommens zeigt die Notwendigkeit eines neuen, ausgewogeneren Ansatzes, der u.a. Beschäftigungs- und Umweltnormen einbezieht. Die wachsende Sorge über Beschäftigungspraktiken, insbesondere bei den Zulieferern von grossen multinationalen Unternehmen hat eine Welle neuer Unternehmenskodexe ausgelöst. Eine politische Umkehr hin zu stärkerer Sensibilität für die soziale Verantwortung der Multis lässt zusammen mit der Kritik an der unzureichenden Weiterverfolgung der Unternehmenskodexe das Interesse an der Rolle der multilateralen Kodexe der OECD und der IAO erneut aufleben.

Die Verpflichtung der Multis

47. Die Gewerkschaften versuchen gleichzeitig zum einen die verschiedenen Kodexe dahingehend zu nutzen, Möglichkeiten für die gewerkschaftliche Organisation und die Vertretung der Beschäftigten im Geflecht der Subunternehmen zu schaffen und zum anderen auf internationaler Ebene einen direkten Dialog mit den Unternehmen zu erreichen. Man hat eine gemeinsame Basis hinsichtlich der Bekämpfung von Bestechung und Korruption gefunden sowie hinsichtlich der Ausweitung des Konzepts unternehmerischer Transparenz und Rechenschaftspflicht, damit dieses auch Interessengruppen wie die Beschäftigten berücksichtigt. Die Gewerkschaften beginnen ausserdem, ihren Einfluss hinsichtlich der Investitionsstrategien von Rentenfonds geltend zu machen, um die Unternehmen dazu zu veranlassen, sich weltweit zu akzeptablen Praktiken hinsichtlich der Arbeitsbeziehungen zu verpflichten. Die multinationalen Unternehmen öffnen sich ausserdem einem regelmässigen Dialog mit den Gewerkschaften auf internationaler Ebene durch die Internationalen Berufssekretariate. Die grössten Fortschritte konnten in Europa verzeichnet werden, wo eine Einigung mit den Arbeitgebern zu neuen Gesetzen geführt hat, die regelmässige Informations- und Konsultationssitzungen zwischen den Vertretern der Beschäftigten und dem Management vorsehen.

Die Entwicklung von Dialogen und Übereinkommen

48. Die Gewerkschaften entwickeln umfassende Strategien, um sich auf die Vertretung der Beschäftigten multinationaler Unternehmen und von ihnen abhängiger Firmen einzustellen. Sie stärken die Internationalen Berufssekretariate, um den nationalen und lokalen Gewerkschaften mit Informationen und Rat zur Seite zu stehen, internationale Kontakte zwischen Gewerkschaften in verschiedenen Ländern auszuweiten,

Einigkeit über gemeinsame Strategien und Massnahmen zu vergrössern, internationale Gewerkschaftsstrukturen zu schaffen und zu verwalten, die als Mittelpunkt für globale oder regionale Diskussionen mit den Multis dienen sowie um Gewerkschaftsvertreter/innen die erforderlichen Fähigkeiten und das notwendige Wissen zu verschaffen, um sich an den wachsenden internationalen Gewerkschaftsnetzwerken zu beteiligen.

Der Aufbau von Netzwerken unter Verwendung der Informationstechnologie

49. Die Breite und Tiefe der internationalen Reichweite von Gewerkschaften und ihre daraus resultierende Fähigkeit, Möglichkeiten für die Ausübung von Druck auf Unternehmen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele zu finden und zu koordinieren, zeigt bei den Unternehmen bereits Wirkung. Dies muss jedoch noch ausgeweitet werden, so dass die Gewerkschaften selbst Massnahmen einleiten, anstatt nur auf Initiativen der Unternehmen zu reagieren. Die Gewerkschaften müssen sich sowohl darum kümmern, das Ausmass und den Inhalt ihrer Beziehungen zu den Unternehmen auszuweiten, die eine positive Haltung zu ihrer Rolle einnehmen als auch darum, gegen die Beschäftigten gerichtetes Verhalten zu unterbinden. Die Gewerkschaften müssen die Möglichkeiten der Informationstechnologie weiter ausschöpfen, um für die rasche Verbreitung und Diskussion von Informationen zu sorgen.

Die Schaffung einer Verbindung zwischen den Beschäftigten in der weltweiten Produktionskette

50. Die Beschäftigten benötigen die Gewerkschaften auch in der Zukunft, um das Ungleichgewicht ihrer Beziehungen zum Arbeitgeber auszugleichen. Um die Arbeitnehmer/innen wirksam zu vertreten, müssen die Gewerkschaften einen grösstmöglichen Teil der Arbeitnehmerschaft organisieren. Die Personalkürzungen in grossen Fabriken in Sektoren, in denen die Gewerkschaften traditionell eine starke Rolle hatten, haben in vielen Ländern die Basis der Gewerkschaftsbewegungen zerstört. Neue Beschäftigungseinheiten sind kleiner und aufgrund technologischer Veränderungen und einer Tendenz zur Auslagerung von Liefer- und Dienstleistungsquellen seitens der Arbeitgeber geographisch stärker verstreut. Das Ende dieser weltweiten Kette aus Subunternehmern befindet sich im informellen Sektor der meisten Entwicklungs- und Schwellenländer. Die meisten Arbeitsplätze im informellen Sektor sind mit minimalen Löhnen verbunden und bieten keine Einkommenssicherheit. Solche Arbeit verhindert die Entwicklung.

Die Organisation im informellen Sektor verschafft den Ausgegrenzten eine Stimme

51. Die Beschäftigten im informellen Sektor der Entwicklungsländer benötigen die Gewerkschaften mehr als andere, weil sie keinen Schutz durch Gesetze oder Sozialversicherungssysteme geniessen. Doch es gibt enorme Hindernisse für ihre Organisation hauptsächlich weil der Staat nicht in der Lage ist, die

Gewerkschaftsaktivist(inn)en zu schützen und aufgrund des unbeständigen Charakters vieler informeller Arbeitsplätze. Es entstehen jedoch alle möglichen Organisationen, die sich auf die Gemeinschaft oder den Handel stützen, und viele von ihnen verdienen die Unterstützung der etablierten Gewerkschaften, des Staates und der internationalen Gemeinschaft. Die Politiken für die Verringerung der Armut werden wirkungslos bleiben, solange die Armen ihrer Stimme nicht durch Organisationen ihrer Wahl Gehör verschaffen können. Die Armen benötigen redliche und effiziente Regierungen. Das Vakuum, das durch die Staatskrise in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern entstanden ist, schafft mit dem informellen Sektor keine deregulierte Wunderwirtschaft, sondern einen Nährboden für kriminelle Banden, die ihre eigenen Regeln und Methoden durchsetzen.

Neue Gesetze für neue Arbeitssysteme

52. Die Arbeit wird auch in vielen Industrieländern „informalisiert“, und es gibt einen rapiden Anstieg „atypischer“ Beschäftigungsverhältnisse. Die Regierungen müssen gemeinsam mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften Arbeitsgesetze überprüfen und sie der Wirklichkeit des Systems der Vergabe von Unterverträgen anpassen. Die IAO muss massgebend dafür sorgen, dass neue „flexible“ Formen von Arbeitsverträgen den Beschäftigten weder im Falle willkürlicher und ungerechter Behandlung die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Rechtsmitteln versperren, noch Hindernisse für die gewerkschaftliche Organisation schaffen. Auch die Gewerkschaften müssen neue Organisationstechniken anwenden, um den Bedürfnissen „atypischer“ Beschäftigter gerecht zu werden und ihnen dabei zu helfen, ihre Rechte einzufordern.

Neue Methoden der Organisation, um eine weiter verstreute Arbeitnehmerschaft zu erreichen

53. Um eine Umkehr des Trends stetig sinkender Mitgliedszahlen in den Gewerkschaften zu erreichen, ist der Einsatz von Mitteln und Menschen für neue Organisationsaktivitäten erforderlich. Die Gewerkschaften in der ganzen Welt müssen die Mitglieder mobilisieren, insbesondere Frauen und jugendliche, damit sie eine aktive Rolle in den Gewerkschaften und als Amtsträger/innen Verantwortung auf lokaler Ebene übernehmen. In jedem Betrieb sollte es eine(n) Gewerkschaftsvertreter(in) geben, die/der als Verbindungsperson zu den Gewerkschaftsstrukturen fungieren kann und von der Gewerkschaft die nötige Ausbildung erhalten hat, um die Mitglieder zu vertreten. Es wird erforderlich sein, die Gesetze zu stärken, um solche lokalen Gewerkschaftsorganisator(inn)en vor Diskriminierungen durch den Arbeitgeber zu schützen und sicherzustellen, dass ihre Freistellung für Schulungen und Gewerkschaftsaktivitäten gewährleistet ist.

Die Organisation am Arbeitsplatz ist von wesentlicher Bedeutung für die persönliche Entwicklung sowie für die Beteiligung der Familie und der Gemeinschaft

54. Neue „flexible“ Formen der Arbeitsorganisation, die von den Arbeitgebern gefordert werden, fördern zwar in einigen Fällen die Entwicklung beruflicher Fähigkeiten von Individuen, können jedoch auch äusserst zerstörerische Wirkung auf das Familienleben und die Gemeinschaft haben. Die Gewerkschaften und auch die Arbeitgeber stehen vor der grossen Herausforderung, neue Wege zu finden, um sicherzustellen, dass Familienpflichten und die Beteiligung in der Gemeinschaft mit produktiver und befriedigender Arbeit kombiniert werden können. Gut funktionierende demokratische Institutionen stützen sich auf den Einsatz einzelner Personen in freiwilligen Verbänden, die es ihnen ermöglichen, ihre Lebensziele weiter zu stecken und zu erreichen. Die Beschäftigten schützen sich durch die Gründung von Gewerkschaften vor der Angst und der Unsicherheit, die ansonsten ihre individuelle Entwicklung und uneingeschränkte Beteiligung in der Gesellschaft behindern würden. Der Arbeitsplatz ist einer der wichtigsten Ansatzpunkte für die soziale Organisation, und die Gewerkschaften sind daher eine entscheidende Komponente der Zivilgesellschaft.

Für die Beschäftigten in einer Welt des Wandels Respekt schaffen

55. Die Globalisierung intensiviert den Wettbewerb auf den Märkten in der ganzen Welt, und dieser Druck wirkt sich auf den Arbeitsplatz aus. Der Konkurrenzkampf um Marktanteile, bei dem die Kostensenkung im Mittelpunkt steht, macht Bemühungen zunichte, die für eine effiziente Produktion so wichtige Teamarbeit aufzubauen. Einsatz und Initiative bei der Arbeit sind nur dann möglich, wenn die Beschäftigten, sowohl Männer als auch Frauen, mit Respekt behandelt werden. Die Qualität der geleisteten Arbeit steht in direktem Zusammenhang mit der Qualität der Arbeitsbeziehungen. Ein konstruktiver Dialog zwischen den Gewerkschaften und dem Management, bei dem versucht wird, Lösungen für Konflikte zu finden und Bereiche zu ermitteln, in denen Leistungen verbessert werden können, ist der Schlüssel für verbesserte Beschäftigungsbedingungen, gute Kapitalertragszahlen und den Anstieg der Beschäftigung.

Verstärkte Organisation und Veränderung der Einstellung zu Gewerkschaften

56. Grundlage einer Organisationsstrategie ist es, die Vorstellung zu schaffen und zu verbreiten, dass der Beitritt zu einer Gewerkschaft und die aktive Beteiligung in einer Gewerkschaft ein natürlicher Teil des Arbeitslebens sind. In einem Umfeld, in dem Gewerkschaftstätigkeiten nicht nur toleriert, sondern von den Arbeitgebern, den öffentlichen Behörden und den Medien auch begrüsst werden, ist dies einfacher. Diese Situation existiert nur in einer geringen Zahl von Ländern. Der wirksamste Weg zur Erhöhung der Mitgliedszahlen ist der persönliche Kontakt, d.h. die Gewerkschaftsmitglieder sprechen mit neuen Kolleg(inn)en und erklären ihnen die Tätigkeiten der

Gewerkschaft, ihre Funktionsweise, was der Beitritt kostet und wie man sich aktiv beteiligen kann. Die Organisation muss in der Gewerkschaft ein Reflex sein, der mit der Unterstützung von bestehenden Mitgliedern beginnt, damit diese den persönlichen Kontakt mit neuen Mitgliedern knüpfen können, der ein wichtiges Element für den Zusammenhalt der Gewerkschaften darstellt. In einer Welt des Wandels müssen die Gewerkschaften ihre Tätigkeiten und Methoden ausserdem ständig den Gegebenheiten anpassen. Die Bezahlung und die Arbeitsstunden bleiben zentrale Fragen, doch Themen wie Kinderbetreuung, Qualität der Beschäftigung, Renten, Arbeitsschutz, Diskriminierung am Arbeitsplatz, Unterstützung und Dienstleistungen sind für arbeitende Familien zunehmend wichtig.

Die Gewerkschaften im 21. Jahrhundert: die Auswirkung der Globalisierung auf die Gewerkschaftsstrukturen und -aktivitäten

Kampagnen für die soziale Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt

57. Die Organisation ist in den meisten Ländern harte Arbeit, weil man die Angst der Beschäftigten beseitigen muss, dass der Gewerkschaftsbeitritt für sie auf die eine oder andere Art Probleme mit dem Arbeitgeber oder den staatlichen Behörden verursachen könnte, ihnen kaum sofortige spürbare Vorteile verschaffen würde und deshalb nicht lohnenswert ist. Wenn es darum geht, die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften zu erhöhen, konzentriert man sich oft darauf, grundlegende Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit anzuführen und unter den Beschäftigten die Zuversicht zu erzeugen, dass sie durch die Gründung einer Gewerkschaft oder durch den Gewerkschaftsbeitritt Verbesserungen erzielen können. Das Erkennen von Problemen und die Ausarbeitung einer Kampagnenstrategie für die Verwirklichung allgemein unterstützter Ziele ist von massgeblicher Bedeutung. Dazu müssen Angriffsziele und Druckmittel ausgewählt werden. In einer immer stärker verflochtenen Welt, die von den multinationalen Unternehmen dominiert wird, können solche Druckmittel möglicherweise in anderen Ländern zu finden sein, und in dem Falle muss mit den Gewerkschaften in diesen Ländern zusammengearbeitet werden. Dialog und Verhandlungen sind von grundlegender Bedeutung für den sozialen Fortschritt und die Demokratie. Eine der wichtigsten Auswirkungen der Globalisierung ist die Verlagerung eines Teils dieses Dialogs und dieser Verhandlungen auf die internationale Ebene. Gewerkschaftliche Internationalen wie der IBFG und die IBS stehen vor der grossen Aufgabe, den Stimmen der Beschäftigten in den Chefetagen und Konferenzsälen der multinationalen Gesellschaften und internationalen Institutionen Gehör zu verschaffen.

Die Veränderungen hinsichtlich der Beschäftigung führen zu neuen Organisations- und Verhandlungsmustern

58. Das wirtschaftliche, soziale und politische Umfeld, in dem die Gewerkschaften die Beschäftigten organisieren und vertreten, verändert sich in der ganzen Welt dramatisch, wodurch die Gewerkschaften gezwungen werden, ihre Rolle und ihre Strategien neu zu überdenken. Dazu gehören auch die Strukturen und Funktionen internationaler Gewerkschaftsorganisationen wie dem IBFG. Das Zeitalter einer geographisch konzentrierten Massenproduktion geht dem Ende zu, und die Gewerkschaften müssen die Beschäftigten in Zukunft in einer grossen Zahl wesentlich kleinerer Betriebe organisieren und vertreten. Die Tarifverhandlungen werden voraussichtlich zunehmend verstreut stattfinden. Daher werden die Gewerkschaften eine grosse Zahl lokaler Vertreter/innen anwerben, ausbilden und unterstützen und ihnen mit aktueller und erstklassiger Information und Ratschlägen zur Seite

stehen müssen. Die Kosten pro Mitglied für die Organisation und das Angebot von Dienstleistungen werden voraussichtlich steigen.

Verlagerung von Ressourcen, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden

59. Die Struktur der Beschäftigung verändert sich, denn die meisten neuen Arbeitsplätze sind im privaten Dienstleistungssektor zu finden. Die alten Stützpfeiler der Gewerkschaftsbewegung in der Produktions-, Energie- und Transportwirtschaft verzeichnen in vielen Ländern sinkende Beschäftigungszahlen. Die Bewegung muss deshalb Wege finden, um finanzielle Mittel und Humanressourcen auf neue Dienstleistungssektoren zu verlagern. Die Verhandlungen werden auch im öffentlichen Sektor schwieriger, weil das Kostenbewusstsein bei den Regierungen stetig zunimmt, und die ehemaligen Unterscheidungen zwischen den Gewerkschaften des privaten und des öffentlichen Sektors zunehmend verschwinden. Der weltweite Trend zu Gewerkschaftsfusionen ist Teil der Reaktion auf diese Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur.

Die Nutzung neuer Technologien

60. Die rapide sinkenden Kosten für den Informationsaustausch helfen den Gewerkschaften, den Herausforderungen des rapiden Wandels des Arbeitsmarktes gerecht zu werden, erfordern jedoch eine grundsätzliche Überarbeitung der bisherigen Methoden. Aufgrund der zunehmend verstreuten Mitglieder liefert die Informationstechnologie ein möglicherweise vitales Instrument zur Stärkung der Gewerkschaftsaktionen nicht nur innerhalb eines Landes, sondern auch auf internationaler Ebene. Zwar haben die Gewerkschaften Informationstechnologien in beeindruckender Weise zur Anwendung gebracht, doch es muss noch mehr getan werden, um sicherzustellen, dass die Gewerkschaften, insbesondere in Entwicklungsländern in der Lage sind, Informationsstrategien als wichtigen Teil ihrer Arbeit zu erstellen und anzupassen.

Die Intensivierung des Wettbewerbs zwingt die Gewerkschaften zur Verbesserung ihrer Taktiken

61. Die wirtschaftliche Liberalisierung hat durch die Reduzierung der Schranken für den internationalen Handel und internationale Investitionen sowie durch die nationale Deregulierung und Privatisierung die Intensität des weltweiten Wettbewerbs stark erhöht. Dies wiederum führt bei den Tarifverhandlungen zu dramatischen Veränderungen. Wir brauchen neue, stärker durchdachte Gewerkschaftsstrategien, die auf gut vorbereiteten und begründeten Forderungen, einem grossen Mass an Mitgliedsbewusstsein und der Einbeziehung bei Verhandlungen basieren, sowie geübte gewerkschaftliche Verhandlungsteams, die über das nötige Wissen verfügen, um der Haltung des Managements Argumente entgegenzusetzen. Insbesondere bei Verhandlungen mit den Multis müssen die Gewerkschaften auf internationale gewerkschaftliche

Untersuchungen, Informationen und solidarische Unterstützung zurückzugreifen können.

Das WTO-Debakel könnte der Anfang einer Globalisierung mit einem menschlichen Antlitz sein

Im Dezember 1999 scheiterte die vielbesprochene WTO-Ministerkonferenz in Seattle, von der viele erwartet hatten, dass sie zur Einleitung einer „Millennium-Handelsrunde“ führen würde aufkläglichste. Einer der Hauptgründe hierfür war, dass die WTO sich nicht mit der Frage auseinandergesetzt hatte, wie Handel und Investitionen sich auf soziale, ökologische, entwicklungspolitische und geschlechtsspezifische Probleme auswirken. Es herrschte allgemein der Eindruck, dass die Politiken und Praktiken der WTO hinsichtlich der Entwicklungsländer nicht fair sind und dass die Wirtschaftspolitik und -praktiken von Organisationen wie der WTO, der Weltbank und dem IWF negative Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben, insbesondere in den Entwicklungsländern.

In Seattle wurde die deutliche Botschaft ausgesandt, dass das gesamte Programm der Welthandelsgespräche zusammenzuberechnen droht, wenn die Regierungen ihre Aufmerksamkeit nicht auf die grundlegenden Menschenrechte am Arbeitsplatz, die Erzielung eines Nutzens durch den Handel für die Frauen und Männer in Entwicklungsländern und die Auseinandersetzung mit ökologischen Folgen der Globalisierung richten.

Gewerkschaften in aller Welt beteiligten sich an der IBFG-Lobby-Kampagne vor und während der Konferenz, die zusammen mit der Grossdemonstration, die am Vortag der Ministerkonferenz von unserer amerikanischen Mitgliedsorganisation AFL-CIO organisiert worden war, diese Botschaft unterstrichen hat.

Der IBFG erklärte in seiner Pressemitteilung nach dem Ende der Konferenz, dass das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz der Anfang der Bemühungen um eine rücksichts- und verantwortungsvollere Weltwirtschaft sein muss. Der gegenwärtige Konkurrenzkampf um die niedrigsten Standards, bei dem ungebundene Investoren und eine Vielzahl von Regierungen durch die Verletzung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte Wettbewerbsvorteile zu erringen versuchen, muss beendet werden.

Die Regierungen müssen Massnahmen ergreifen, die im Einklang mit der Botschaft stehen, die sie in Seattle erhalten haben. Um glaubwürdig zu sein, müssen sie sich der Tatsache stellen, dass die WTO in der breiten Öffentlichkeit, wozu auch die Gewerkschaften zählen, stärkere Unterstützung erzielen muss. Durch Massnahmen der WTO in Zusammenarbeit mit der IAO und den anderen betroffenen Organisationen muss eine gleichzeitige Auseinandersetzung mit folgenden Themen erfolgen: dem Schutz der Arbeitsnormen, den legitimen Anliegen der Entwicklungsländer und der notwendigen Entwicklung eines aus ökologischer Sicht zukunftsfähigen Handelssystems.

Ein neues Konzept sozialer Partnerschaft ist im Zeitalter der Globalisierung von massgeblicher Bedeutung für politische Strategien

62. Obwohl die Gewerkschaften sich stärker der Zwänge bewusst werden mussten, denen die Arbeitgeber angesichts der Veränderungen auf den Weltmärkten unterworfen sind, müssen sie weiterhin Einfluss auf den politischen Prozess ausüben, um sicherzustellen, dass die Gesetze und Institutionen im Zusammenhang mit der Arbeitswelt, die die Beschäftigten in

einer sich rapide verändernden Wirtschaftswelt unterstützen und schützen, die Anliegen der Beschäftigten uneingeschränkt widerspiegeln. Die Gewerkschaften müssen sich durch die Ausarbeitung neuer politischer Strategien an die Veränderungen anpassen, die das Ende des kalten Krieges mit sich gebracht hat und an seine Auswirkungen auf die demokratischen Parteien, insbesondere der Linken. Langjährige Verbündete sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern haben bis jetzt noch kein neues Modell für die soziale Partnerschaft in der globalen Marktwirtschaft erarbeitet. In den Übergangsländern mussten die Gewerkschaften das Gewerkschaftswesen praktisch neu erfinden, nachdem die jahrzehntelange Parteikontrolle sogar das Vokabular der demokratischen Arbeitersolidarität korrumpiert hatte. Doch in allen Ländern drängen die Gewerkschaften zu einer wesentlich stärkeren Anerkennung der massgeblichen Rolle eines auf den IAO-Kernarbeitsnormen basierenden, gut funktionierenden Arbeitsbeziehungssystems für eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung in einer globalen Marktwirtschaft.

Die Schliessung sozialer Kluften durch die Konzentration auf arbeitende Familien in der Gemeinschaft

63. In nahezu allen Ländern sind die Gewerkschaften äusserst besorgt über die wachsende Spaltung zwischen einem kleinen Kern gut bezahlter, gut ausgebildeter Beschäftigter mit sicheren Arbeitsplätzen und einer wesentlich grösseren Gruppe niedrig bezahlter weniger qualifizierter Beschäftigter. Oft handelt es sich dabei um Frauen, bei denen sich Phasen der Arbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsplätze abwechseln. Diese Spaltungen sind in den Entwicklungsländern, in denen der informelle Sektor sehr gross ist, besonders ausgeprägt. Doch sie vergrössern sich auch in den Industrieländern. Unsicherheit und ständige Veränderungen stellen für alle Beschäftigten ein zunehmend ernstes Problem dar, insbesondere für diejenigen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer Religion, ihres ethnischen Hintergrundes, einer Behinderung oder ihrer sexuellen Orientierung Diskriminierungen ausgesetzt sind. Angesichts der Tatsache, dass es immer weniger Grossfamilien gibt, die wie ein soziales Sicherheitsnetz funktionieren, müssen sich die Gewerkschaften auf die Frage konzentrieren, wie sie den Beschäftigten, insbesondere Frauen, helfen können, die Doppelbelastung durch Arbeit und Familienpflichten zu reduzieren. Angemessene und umfassende Sozialversicherungssysteme werden heute dringender denn je benötigt. Für die Regeneration der Gewerkschaften ist eine neue Konzentration auf die Organisation jugendlicher besonders wichtig. Die Gewerkschaften müssen als Brücke zwischen dem Arbeitsplatz und der Gemeinschaft eine entscheidende Rolle spielen und den Erwerbstätigen bei der Auseinandersetzung mit Veränderungen des Arbeitsplatzes und des Beschäftigungsverhältnisses zur Seite stehen.

Eine soziale Komponente in den neuen weltweiten Grundregeln ist das Ziel

64. Die Globalisierung hat die Macht von der nationalen und lokalen auf die internationale Ebene verlagert. Die Gewerkschaften müssen sich deshalb auf neue Handlungsziele konzentrieren, und diese Situation führt zu einer umfassenden Überprüfung der internationalen Gewerkschaftsfunktionen und -strukturen. Die Schaffung einer wesentlich wichtigeren Rolle für die IAO in einem kohärenteren System internationaler Zusammenarbeit für soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist eine besonders wichtige Komponente der gewerkschaftlichen Bemühungen um die Ergänzung der entstehenden Grundregeln der Weltwirtschaft durch eine soziale Dimension. Um diese ehrgeizigen Ziele zu verwirklichen, müssen die internationalen Gewerkschaftsorganisationen trotz des Drucks durch verringerte finanzielle Mittel mehr tun, um Kampagnen gezielt auszurichten und die Informationsflüsse zu beschleunigen.

Der IBFG steht im Mittelpunkt einer Reihe von Netzwerken, deren Stärke von den Verbindungen zu Mitgliedsorganisationen abhängt

65. Innerhalb der Familie der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht der IBFG im Mittelpunkt einer Reihe miteinander verflochtener globaler Netzwerke für Arbeitnehmersolidarität. Seine Fähigkeit, Ereignisse zu beeinflussen hängt hauptsächlich von der Kohärenz, der Qualität, dem Timing und der Dynamik der Beiträge der Mitgliedsorganisationen zu gemeinsamen politischen Standpunkten und ihrer Umsetzung ab. Der IBFG ist ein Mechanismus für die Organisation internationaler Solidarität. Für die Stärkung des IBFG ist es deshalb am allerwichtigsten, sicherzustellen, dass die Mitgliedsorganisationen die internationale Dimension ihrer Arbeit vollständig in ihre eigenen strategischen Pläne für die Zukunft integrieren. Die Verwendung netter Technologien zur Beschleunigung von Informationsflüssen auf internationaler Ebene innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung ist von entscheidender Bedeutung, sie muss jedoch an Pläne gebunden sein, die das Informationsmanagement in alle Aspekte der Arbeit der Mitgliedsorganisationen integrieren.

Die Verfolgung von Prioritäten erzeugt Resultate

66. Gemäss den Entschliessungen beim Kongress im Jahre 1996 hat der IBFG sich auf fünf prioritäre Arbeitsbereiche konzentriert: Beschäftigung und Gerechtigkeit, Menschen- und Gewerkschaftsrechte, Gleichstellung, multinationale Unternehmen und gewerkschaftliche Organisation. Es haben sich bereits einige Erfolge abgezeichnet. Der IBFG ist eine zunehmend respektierte Stimme in der Debatte über die Verwaltung des internationalen Wirtschafts- und Sozialsystems. Die Regierungen wissen jetzt, dass der IBFG sie dem weltweiten Gericht der öffentlichen Meinung präsentiert und sie unter Anrufung der IAO zur Rechenschaft zieht, wenn sie die Ermordung und Inhaftierung von Gewerkschafterinnen, die Auferlegung von Zwangsarbeit, Diskriminierungen oder die Ausbeutung von Kindern zulassen. Hinsichtlich Themen der Gleichstellung und insbesondere der Rolle der Frau hat

der IBFG der internationalen Debatte eine neue Dimension verliehen, in deren Mittelpunkt die Arbeitswelt steht. In Zusammenarbeit mit den IBS hat der IBFG dazu beigetragen, dass das Thema der sozialen Verantwortung der Unternehmen auf der Tagesordnung der Wirtschaftswelt berücksichtigt wird. Und überall beseitigen die Gewerkschaften die Hindernisse für gewerkschaftliche Organisation und Verhandlungen, verändern die Einstellungen und demonstrieren den praktischen Wert der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für Arbeitgeber und Regierungen.

Ansatzpunkte für internationale Gewerkschaftsaktionen

67. Bei der Verfolgung von Prioritäten hat der IBFG vier Hauptziele: die Mitgliedsorganisationen, denen Dienste in Form von Informationen, Beratung, Schulungen und Mobilisierung solidarischer Unterstützung angeboten werden; die zwischenstaatlichen Organisationen und die Regierungen, die sie auf globaler und regionaler Ebene kontrollieren; die Arbeitgeber, insbesondere die multinationalen Unternehmen; die öffentliche Meinung im allgemeinen und insbesondere international agierende meinungsbildende Organisationen, wie zum Beispiel einschlägige NGO und politische Parteien.

Kontakt aufnehmen, kommunizieren und die Strukturen überprüfen

68. Man kann Prioritäten auch anders sehen, und zwar indem man sich auf die Frage konzentriert, wie die Gewerkschaften und insbesondere die internationalen Gewerkschaftsorganisationen sich verändern müssen, um ihre Ziele zu verwirklichen. Die Gewerkschaften müssen Kontakt zu neuen, unorganisierten Gruppen von Beschäftigten knüpfen, Bündnisse mit nichtstaatlichen Organisationen eingehen und ihre Botschaft den Medien nahebringen und sie von ihnen verbreiten lassen. Die Gewerkschaften müssen den Ansichten der Beschäftigten bei den internationalen Organisationen und in den multinationalen Unternehmen Gehör verschaffen. Ausserdem müssen die Gewerkschaften ihre eigene Funktionsweise und ihre Strukturen überdenken, um die demokratische Beteiligung zu verbessern, Informationsflüsse zu beschleunigen, Kampagneaktivitäten sinnvoll auszurichten und die Dienstleistungen, die sie Mitgliedern anbieten, anzupassen und zu verbessern. Der IBFG muss hierzu mit seinen eigenen Regionalorganisationen zusammenarbeiten und seine Partnerschaft mit den IBS, dem TUAC und dem EGB vertiefen, um die Zusammenarbeit und die gemeinsame Tätigkeiten zu verstärken und ausserdem überprüfen, ob engere formelle Verbindungen die effiziente Verwendung begrenzter Mittel - Menschen, Zeit und Geld - weiter verbessern könnten.

Die Reform muss von einer klaren Vision des Wertes der internationalen Gewerkschaftsarbeit vorangetrieben werden

69. Für eine Verbesserung der Strukturen der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist die Zustimmung aller betroffenen Organisationen und die uneingeschränkte Achtung der gewerkschaftlichen Demokratie erforderlich. Dies wiederum erfordert eine klare Vision des Wertes von Veränderungen, nicht nur als

Massnahme zur Kostenreduzierung, sondern auch als Möglichkeit zur Stärkung der Arbeit der Gewerkschaften auf internationaler Ebene.

Die Gewerkschaften sind für den Aufbau einer Bewegung des 21. Jahrhunderts bereit

70. Der Kongress wird aufgefordert werden, die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer effizienten Strukturreform innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu diskutieren. Bei diesem Prozess werden die Stärken und Schwächen der augenblicklichen Strukturen, die wichtigsten Herausforderungen, mit denen zu Beginn des neuen Millenniums gerechnet wird, und das Potential für eine Stärkung der Beziehungen und der Kooperationsmöglichkeiten zwischen nationalen, regionalen und internationalen Gewerkschaftsorganen untersucht werden.